

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Florian Gerster MdB zu unzulässigen Begründungen der eigenen Verteidigung: Bedrohung ist keine Legitimation.

Seite 1

Karl Heinz Müller MdL zur Abdankung des selbsternannten Aids-Papstes Gauweiler: Bricht auch in Bayern das Zeitalter der Aufklärung an?

Seite 3

Dr. Rolf Linkohr MdEP zu Erfordernissen europäischer Energiepolitik: Die Risiken senken, die Zukunft nicht gefährden.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB zur Belastung der Kommunen durch den Bund: Der Unterschied zwischen „wirksam“ und „freundlich“.

Seite 6

43. Jahrgang / 205

25. Oktober 1988

Bedrohung ist keine Legitimation

Über unzulässige Begründungen der eigenen Verteidigung

Von Florian Gerster MdB
Mitglied des Verteidigungs-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die nachlassende „Wehrbereitschaft“ junger bundesdeutscher Männer führen konservative Kreise auf die nachlassende Bedrohungswahrnehmung zurück. Vor allem Gorbatschows Friedensschalmeien werden für den Anstieg der Kriegsdienstverweigerer und für Rekrutierungsprobleme der Streitkräfte bei Längerdienern verantwortlich gemacht. Und dies, obwohl vor allem in der konventionellen Abrüstung die östlichen Vorschläge bisher nur Papier seien.

In der vergangenen Woche ist in Moskau eine Sinus-Studie über die bundesdeutsche Einschätzung sowjetischer und amerikanischer Politik vorgestellt worden, die bemerkenswerte Hinweise auf ein neues Tauwetter auch in der öffentlichen Meinung zum West-Ost-Verhältnis enthält. So hat sich die Zahl jener Bundesbürger, die sich von der Sowjetunion bedroht fühlen, in den letzten fünf Jahren auf 24 Prozent halbiert, während 59 Prozent diese Frage verneinen. Vor allem in der Jugend hat sich die Zuversicht auf eine friedliche Zukunft in Europa zu einer stabilen Grundeinstellung entwickelt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



Die aktuelle sowjetische Politik unter Gorbatschow wird für die Klimaverbesserung als Hauptsache angesehen, während die aktuelle amerikanische Politik unter Ronald Reagan - trotz hoher Grundzustimmung zum westlichen Bündnis - skeptischer beurteilt wird. Auf der Beliebtheitskala Prominentester, die von Helmut Schmidt angeführt wird, erscheint Michael Gorbatschow bereits auf Platz vier, während der amerikanische Präsident einen nahezu neutralen Wert um Null verbucht. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten des Ostblocks und vor allem mit der Sowjetunion wird positiv beurteilt - als einziges Feld gemeinsamer Projekte erfährt die friedliche Nutzung der Kernenergie eine überwiegend negative Beurteilung (!)

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sollten darauf verzichten, das Gefühl der Bedrohung als wesentliche Grundlage für die Akzeptanz der eigenen Verteidigung zu betrachten. Dies muß zwangsläufig Legitimationsprobleme zur Folge haben, wenn Entspannung und Abrüstung Fortschritte machen. Ein absurder Zusammenhang.

Die Akzeptanz der eigenen Verteidigung muß zunächst durch ein schlüssiges und zeitgemäßes Verteidigungskonzept gewährleistet werden. Darin haben zum Beispiel nukleare Artillerie und der Ersteinsatz von Atomwaffen auf Dauer keinen Platz. Die Truppenstärke und die konventionelle Rüstung müssen darüber hinaus glaubwürdig abrüstungsfreundlich umstrukturiert werden. Ein „operatives Minimum“ von 456.000 aktiven Bundeswehrsoldaten, bei dessen Unterschreiten angeblich die Vorverteidigung zusammenbricht, ist entspannungsfeindlich und realpolitisch kontraproduktiv.

Verteidigung im Frieden und in einer parlamentarischen Demokratie muß mehrheitsfähig sein. Wenn die Akzeptanz schwindet, nützen keine Durchhalteparolen, sondern nur ein Aufarbeiten der Legitimationsprobleme. Daß souveräne Staaten im Frieden angemessene Vorsorge für ihre Verteidigungsfähigkeit treffen, kann und muß anders begründet werden als mit Bedrohungspropaganda.

(-/25.10.1988/rs/ks)

Bricht auch in Bayern das Zeitalter der Aufklärung an?

Zur Abdankung des selbsternannten Aids-Papstes Gauweiler

**Von Karl Heinz Müller MdL
Stellvertretender Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion**

Der selbsternannte Aids-Papst Peter Gauweiler mußte abtreten. Nun bricht hoffentlich auch in Bayern das Zeitalter der Aufklärung bei der Aids-Bekämpfung an. Nach der Entmachtung des Hardliners Gauweiler, der nur mit rigiden ordnungspolitischen Maßnahmen der tödlichen Immunschwächekrankheit „zu Leibe rücken“ wollte, haben wir Sozialdemokraten die Hoffnung, daß nun die CSU-Staatsregierung Aids mit Augenmaß und Vernunft bekämpft.

Nun kann sich die Politik und Verwaltung wieder auf die wichtigen Ziele der Aufklärung über die Ansteckungswege von Aids widmen. Hier ist besonders in Bayern noch viel zu tun. Denn bisher ist unter dem PR-süchtigen Gauweiler die konkrete Aufklärung der Ideologie des starken Staates zum Opfer gefallen. Jetzt besteht wieder Hoffnung, daß Beratung und Hilfe für Aids-Infizierte in den Vordergrund rücken und nicht mehr die Diskriminierung bestimmter Personengruppen.

Damit das Vertrauen von Betroffenen und Gefährdeten in staatliche sowie gesellschaftliche Aufklärung und Hilfe wieder hergestellt wird, ist es notwendig, den Werkvertrag des bisher engen Gauweiler-Vertrauten und Aids-Aufklärungsberaters des Innenministeriums, Dr. Michael Koch, nicht mehr zu verlängern. Wir verlangen eine Prüfung, ob die 150.000 Mark für die Arbeit von Koch sinnvoll ausgegeben worden sind. Der Wunsch des Landarztes Koch, wieder bei seiner Familie in Schweden zu sein, sollte schnellstens erfüllt werden.

Als Sofortmaßnahme zur Wiederherstellung des Vertrauens in Sachen Aids-Politik fordern wir Sozialdemokraten:

1. Die Abschaffung des unsinnigen HIV-Tests für Beamtenbewerber im öffentlichen Dienst;
2. ein Hilfsprogramm für intravenös Drogenabhängige;
3. gezielte Hilfe für ausstiegswillige Prostituierte.

Der unselige bayerische Aids-Maßnahmenkatalog muß auf den Prüfstand der Vernunft. Statt dieses rigiden Maßnahmenkatalogs bedarf es einer koordinierten Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Betroffenen, Verwaltungen und Politikern, um die Ausbreitung der tödlichen Krankheit zu verhindern.

In diesem Sinne biete ich als zuständiger Sprecher der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion dem neu ernannten Staatssekretär Günther Beckstein meine Zusammenarbeit an.

(-/25.10.1988/rs/ks)

* * *

Für eine europäische Energiepolitik der Risikosenkung

Wir dürfen uns um kurzfristiger Vorteile wegen nicht um die Zukunft bringen

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP

Energiepolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Das EURO-Forum über neue Energien, das am gestrigen Montag eröffnet wurde und bis 28. Oktober 1988 in Saarbrücken unter der Schirmherrschaft der EG-Kommission und der saarländischen Landesregierung stattfindet, gibt Gelegenheit, Ziele für eine Politik der Risikosenkung zu formulieren. Fest steht: Wir dürfen nicht um kurzfristiger finanzieller Vorteile wegen, die Zukunft aufs Spiel setzen. Es ist gegenüber den kommenden Generationen unverantwortlich, Energiepolitik nur unter dem Gesichtspunkt kurzfristiger Kostensenkung zu sehen, wie sie etwa von EG-Kommission und Bundesregierung betrieben wird. Es geht vor allem um zwei globale Risiken: 1. Die Erwärmung der Erde durch die Anreicherung von Co₂ in der Atmosphäre. 2. Die Risiken der Kernenergie.

Erneuerbare Energien und Maßnahmen zur Energieeinsparung müssen deshalb einen höheren Stellenwert in der EG-Energiepolitik bekommen. Außerdem müssen Maßnahmen zur Senkung von Risiken der Kernkraft ergriffen werden, die auch - und vor allem - jene Länder umfassen, die an der Kernenergie festhalten wollen. Die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas muß in einer weltweiten Waldpolitik/Wiederaufforstung und Erhalt des tropischen Regenwaldes verbunden werden. Es wäre fahrlässig, würden wir die niedrigen Ölpreise als Signal für Entwarnung interpretieren. Energiepolitik muß langfristig angelegt sein und muß soziale und ökologische Kosten mitberücksichtigen.

Besondere Chancen müssen den erneuerbaren Energien eingeräumt werden. Photovoltaik und Windenergie verursachen, wie Olav Hohmeyer in einer jüngst im Heidelberger Springer-Verlag veröffentlichten Arbeit nachweisen konnte, weit geringere soziale und Umweltkosten. Doch werden sie bei den Entscheidungen über Energieinvestitionen nicht in Rechnung gestellt. Die Risiken der Kernenergie und der fossilen Energieträger werden aber von künftigen Generationen zu bezahlen sein. Würde man sie heute berücksichtigen, so hätten erneuerbare Energien bereits jetzt eine Chance am Markt. Bei der Kernenergie werden die Risiken nicht versicherungsrechtlich abgedeckt, wie es in anderen Bereichen - etwa der Seeschifffahrt - möglich ist. Die Sowjets mußten zum Beispiel wegen Tschernobyl acht Milliarden Rubel aus öffentlichen Kassen bezahlen, um bisherige Schäden der

Atomkatastrophe zu ersetzen, Langzeitschäden und Verluste außerhalb der UdSSR sind dabei nicht einmal berücksichtigt. Würde man deshalb den Abschluß einer europäischen Versicherung verlangen, die alle möglichen Schäden nach der Versicherungsformel (Risiko = Ausmaß des Schadens x Eintrittswahrscheinlichkeit) berechnet, so wäre der nuklear erzeugte Strom teurer.

Zwei Forderungen müssen deshalb in den kommenden Jahren erfüllt werden:

1. Der EG-Binnenmarkt darf nicht auf den freien Warenverkehr beschränkt werden. Kostensenkung ist kein absolutes Ziel. Erinnert sei nur an den Artikel 130 R des EWG-Vertrages, wonach die EG den Auftrag hat, vorbeugend die Umwelt zu schützen. Interessant ist in diesem Zusammenhang das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 20. September 1988 (302/86) mit dem Leitsatz „Freier Warenverkehr - Verpackungen für Bier und Erfrischungsgetränke (Verbot von Einwegflaschen), wonach ein Mitgliedstaat - im vorliegenden Fall Dänemark - Mehrwegflaschen dringend vorschreiben kann. Der Schutz der Umwelt hat den europäischen Richtern zufolge grundsätzlich Vorrang vor dem freien Warenverkehr (Artikel 30, 36 EWGV). Dieser kann dann eingeschränkt werden, wenn es keine andere Maßnahme zum Schutz der Umwelt gibt.

Die europäische Energiepolitik muß deshalb auf ihre Verträglichkeit mit dem Umweltschutz neu bewertet werden. Billig ist nicht notwendigerweise sicher. Deshalb ist auch die wettbewerbsfreundliche Forderung „Jeder soll das Recht haben, seinen Strom im EG-Binnenmarkt kaufen zu können, wo er will“ keine umweltfreundliche Parole. Es geht deshalb nicht an, daß ein EG-Mitgliedstaat bereit ist, für seine Risikominderung höhere Kosten in Kauf zu nehmen, das Nachbarland aber mit seinem billigeren aber risikoreicheren Stromangebot die Preise am Markt unterbietet. Wir brauchen deshalb eine europäische Politik der Kostentransparenz, die neben betriebswirtschaftlichen Kosten auch die langfristig wirksamen sozialen und Umweltkosten umfaßt.

2. Die Europäische Gemeinschaft muß sich zu einer Energiepolitik durchringen, die Risiken mindert. Die Verbrennung von Kohle, Holz und Kohlenwasserstoffen muß mit einer weltweiten Aufforstung verbunden werden, um die Erwärmung der Erde durch den sogenannten Treibhauseffekt zu verhindern. Es genügt nicht, daß die Forschungsmittel erhöht werden. Jetzt sind vielmehr Aktionen gefragt, die bereits heute die heimische Energiepolitik mit einer globalen Waldpolitik verbinden. Die Warnungen der Wissenschaft vor verheerenden Klimakatastrophen dürfen nicht mehr überhört werden. Die Energiepolitik der 90er Jahre muß deshalb neben der Versorgungssicherheit auch die Umweltverträglichkeit ins Auge fassen. Wir sollten uns zum Ziel setzen, innerhalb von - sagen wir grob - zehn Jahren ein globales Co₂-Gleichgewicht herzustellen. Dabei bedarf es auch eines größeren Gewichts erneuerbarer Energien, insbesondere der Photovoltaik.

(-/25.10.1988/rs/ks)

Kommunen werden belastet

Der Unterschied zwischen „wirksam“ und „freundlich“

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

In Sonntagsreden wird gerne das hohe Lied von der kommunalen Selbstverwaltung angestimmt, flankiert von markigen Sprüchen über Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung. Und was die Bundesregierung dafür alles tut.

Was sie wirklich tut, kann man woanders nachlesen: In einer Anlage zur Antwort auf die Große Anfrage der SPD zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise haben fleißige Beamte aufgelistet, was die Bundesregierung den Kommunen in den letzten Jahren so alles aufgebremst hat: 120 sogenannte „kommunalwirksame“ Gesetze und Rechtsverordnungen sind da aufgezählt, vom Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit Ärzten in der Weiterbildung, über die Lastenausgleichsarchivsverordnung bis zum Volkszählungsgesetz, das die Gemeinden 340 Millionen DM kostet.

Das ist der nächste Punkt: Bei den meisten Gesetzen und Verordnungen sei, so die Bundesregierung, die finanzielle Belastung der Gemeinden nicht bezifferbar oder aber geringfügig. Aber alleine bei der Addition der dennoch gemachten Angaben zu den vom Bund verursachten Mehrausgaben oder Mindereinnahmen der Gemeinden kommt man auf über sechs Milliarden DM an Belastungen, abgesehen vom Verwaltungsaufwand, den ihnen der Bund beschert.

Der Staatssekretär Waffenschmidt wird sicher noch viele schöne Reden über die Kommunalfreundlichkeit der Bundesregierung halten. Derweil die Bonner Ministerien noch viele weniger schöne Gesetze und Verordnungen schreiben werden, die „kommunalwirksam“ sind.

Etwas weniger Kommunalwirksames wäre vielleicht kommunalfreundlicher.

(-/25.10.1988/rs/ks)

* * *